

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

Bezirks-  Anzeiger

67. Jahrgang.

Amtsblatt für die Königliche Amtshauptmannschaft Flöha, das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Nohberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von G. G. Nohberg in Frankenberg i. Sa.

Erscheinet an jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierjährlich 1.-60,-; monatlich 5,-. Trägerlohn etc. — Einzelnummern laufenden Monats 5,-; früherer Monate 10,-. Versendungen werden in unserer Geschäftsstelle, von den Posten und Ausgabestellen, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Österreichs angenommen. Nach dem Auslande Versand wöchentlich unter Kreuzband.

Auskündigungen sind rechtzeitig anzugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabetages.

Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden.

— 51. Telegramme: Tageblatt Frankenberglächen.

Anzeigenpreis: Die 6-gew. Zeitzeile oder deren Raum 15,-; bei Totalanzeigen 12,-; ihr amtlichen Teil pro Seite 40,-. **Eingeschüttet im Redaktionsteil 25,-.** Für schwierige und labellärliche Sätze Aufschlag, für Wiederholungssätze Erhöhung nach feststehendem Tarif. **Für Nachrufe und Osterfest-Anzeige werden 25,- Extraaufschlag berechnet.**

Inseraten-Aufnahme auch durch alle deutschen Annoncen-Epeditionen.

Die Gasthofbesitzerin

Frau Marie Auguste Agnes verw. Pöschl in Ebersdorf bedachtigt, auf dem unter Nr. 194 des Flurbuchs, Nr. 56 des Brandversicherungsstatisters für Ebersdorf gelegenen Grundstück

eine Stananlage

für ein Wassertriebwelt zu errichten. In Gemäßheit von § 17 der Reichsgewerbeordnung wird dies mit der Aufforderung hierdurch bekannt gemacht, etwaige Einwendungen hiergegen, soweit sie nicht auf besonderen Privatrechtsstücken beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich hier anzubringen.

Die auf die Anlage bezüglichen Zeichnungen können an hiesiger Kanzlei eingesehen werden.

Flöha, den 28. Januar 1908.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.

An den nachverzeichneten Tagen soll ergangener Verordnung gemäß eine Nachrechnung aller Maße, Gewichte, Wagen und Wehrwerkzeuge stattfinden, die im hiesigen Stadtbezirk im öffentlichen Verkehr verwendet werden.

Die Nachrechnung wird im Gesellschaftszimmer der Schontwirtschaft „Zur Turnhalle“ hier, Leopoldstraße Nr. 9, erfolgen, und zwar haben die an den nachstehend genannten Straßen und Plätzen wohnhaften Gewerbetreibenden an den dabei verzeichneten Tagen ihre Maße u. s. w. Vormittag zwischen 8-12 Uhr oder Nachmittag zwischen 2-6 Uhr im Nachrechnungssalon vorzulegen:

3. Februar:

Markt, An der Kirche, Schloßstraße, Rathausgasse, Klingbach, Schloßhof, Sachsenburger- und Hainichenstraße mit Gut Neubau.

4. Februar:

Margarethen-, Gnaud-, Julius-Schwarze-, Lübel-, Ahorn-, Amalien- und Gortenstraße, Am Graben, Feld-, Körner-, Scheffel-, Schüren- und Albertstraße, Bahnhof, Bismarck- und Melderstraße.

Humboldt-, Molte-, Winkler-, innere und äußere Freiberger- und Parkstraße.

Nicchagasse, Baderberg, Mühlgraben, Bachgasse, Wassergasse, Mühlenstraße, Badergasse, Neugasse und Leopoldstraße.

6. Februar:

Chemnitzer- und Fabrikstraße, Seiler- und Seggaus-, Löpfer-, Dauer-, Mittel- und Bergstraße.

7. Februar:

Leichstraße, Hammertal, Scheunengasse, Sonnen-, Leichen-, Friedrich-, Ziegel-, innere und äußere Altenhäuser, Höhe und Reichstraße.

Die Maße u. s. w. haben sich bei der Vorlegung in realem Zustande zu befinden. Die Besitzer solcher Wagen und Maße, welche an ihrem Gebrauchsorte bestellt sind, haben dieselben den Eichungsbeamten sofort anzumelden, die dann die Zeit bestimmen werden, wann die Nachrechnung an Ort und Stelle stattfinden soll.

Werden nach Beendigung des Nachrechnungsgeschäfts Maße, Gewichte, Wagen oder Wehrwerkzeuge, welche das Nachrechnungszeichen nicht tragen, bei einem Gewerbetreibenden vorgefunden, so wird dessen Bestrafung nach § 369 Nr. 2 des Reichsstrafgesetzbuches und außerdem die Reuezahlung oder nach Umständen die Verhängung und Einziehung der betr. Maße erfohlen.

Frankenberg, den 27. Januar 1908.

Der Stadtrat.

Im hiesigen Handelsregister ist eingetragen worden:

a. auf Blatt 427: die Firma Wilhelmine Jahn in Frankenberg und als deren Inhaberin Agnes Wilhelmine verheir. Jahn geb. Staudt derselbst. Angegebene Geschäftszweig: Milch-, Butter-, Käse-, Eier- und Wurstverkauf.

b. auf Blatt 275, die Firma W. Gurdhaus & Sohn in Frankenberg betr.: die Firma ist erloschen.

Frankenberg, am 29. Januar 1908.

A. Reg. 31 u. 32/08.

Königliches Amtsgericht.

Die Entwicklung des Mittelstands nach der Statistik.

Nach der sozialdemokratischen Theorie soll der Mittelstand immer mehr schwanden, es sollen bei der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung schließlich nur noch wenige Reiche und recht viele Armen übrig bleiben, und dann soll die Zeit für die Einführung des sozialistischen Staates gekommen sein.

Wenn der Zukunftstaat erst mit dem Eintritt dieser Eventualität in die Erscheinung treten kann, dann wird er noch recht lange auf sich warten lassen. Wie so viele andere sozialdemokratische Theorien — es braucht nur an die Verelendungstheorie und das „eherne“ Völkgesetz erinnert zu werden — macht auch die vom Verchwinden des Mittelstands flächiges Fiasko. Das ersicht man am besten und zahlenmäßig aus der Einkommenssteuerstatistik Preußens. In Preußen sind bekanntlich die Einkommen von 900 Mark und darunter steuerfrei. Würde die sozialdemokratische Theorie von dem Verchwinden des Mittelstands richtig sein, so müßte sich aus der Einkommenssteuerstatistik ergeben, daß immer mehr Personen von der Einkommenssteuer in Preußen befreit würden. Gerade das Gegenteil aber ist der Fall. Die Gesamtzahl der preußischen Befristen betrug im Jahre 1892, dem ersten der Beratung nach der neuen Einkommenssteuerregelung, 2,44 Millionen. Sie stieg fortgesetzt und war 1903 bereits auf 3,65 Millionen angelangt.

Dann nahm dies Wachstum einen noch schnelleren Verlauf. Von Jahr zu Jahr stieg die Zahl der Befristen und zwar von 1901 auf 1902 um 0,22 Millionen, von 1902 auf 1903 um 0,14 Millionen, von 1903 auf 1904 um 0,23 Millionen, von 1904 auf 1905 um 0,26 und von 1906 auf 1907 um 0,29 Millionen. Die Steigerung, die von 1906 auf 1907 eingetreten ist, war die stärkste, die es gegeben hat, sie betrug 0,71 Millionen. Aus den 2,44 Millionen preußischen Befristen des Jahres 1892 waren also nach anderthalb Jahrzehnten im Jahre 1907 5,39 Millionen geworden. Die Zahl der Befristen hatte sich im genannten Zeitraum mehr als verdoppelt.

Nun ist ja sicher auch inzwischen die Bevölkerung gestiegen, und bei einem Vergleich dürfen nicht die absoluten, es müssen die relativen Zahlen in Rechnung gestellt werden. Jedoch auch dann ergibt sich noch eine ganz gewaltige Steigerung der Befristanzahl. Die Gesamtzahl der physischen Personen unter den Befristen (ohne Angehörige) belief sich im Jahre 1892 auf 8,15 vom Hundert; sie ist immerfort gestiegen und war 1907 auf 14,37 vom Hundert angelangt. Damit ist der klare Nachweis erbracht, daß die Zahl der einkommenssteuerpflichtigen Personen in Preußen ganz gewaltig zunommen hat.

Und was in Preußen der Fall gewesen, wird in anderen Bundesstaaten auch zu beobachten gewesen sein. Treten aber immer mehr Personen in die Reihe der Einkommenssteuerpflichtigen, so kann unmöglich die Zahl der Armen zunehmen, es kann auch unmöglich der Mittelstand schwinden. Im Gegenteil, diese Zahlen weisen deutlich darauf hin, daß in

der heutigen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für jeden, der wirtschaftlich und sozial vorwärts kommen will, ebenso Gelegenheit dazu gegeben ist, wie für die Ausbildung. Wenn von der Sozialdemokratie das Gegenteil behauptet wird, so ist das entweder der Ausfluss der Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse oder — nun ja, oder etwas — — anderes.

Bom Reichstag.

89. Sitzung am 29. Januar nachm. 2 Uhr.

H. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Marine- und des Flotten-Gesetzes. Bei letzterer beantragt die Kommission unveränderte Genehmigung nebst einer Resolution betr. Übernahme — neben den vollen Kosten für Armerierung — auch eines der Berichtigung des Lebensalters der U-Boot-Kräfte entsprechend höheren Bruttogehaltes des Wertes der Flotte (bisher 6 Prozent).

Graf Oriola (natl.) äußert sich Zustimmend zum Flotten-Gesetz. Redner meint, es wäre am besten gewesen, wenn das in der Novelle für die nächsten vier Jahre vorgesehene Vorlämpen auch gleich im Gesetz auf die Jahre 1911-16 ausgeschrieben worden wäre. Dann würde es später nicht erst noch eines neuen Gesetzes bedürfen. Er und seine Freunde wünschten, daß wie möglich als möglich eine vollwertige Flotte erhielten. Es sei leider wahrscheinlich, daß das alte Schiff der Kaiserklasse erst 1919 in Dienst gegeben und erst 1923 fertig werde. Doch wie vor erkennen seine Freunde die Verdienste des Flottenvereins an und wünschen, daß man sich in diesem Verein wieder vertreten möge. Unsere erste Ausgabe müsse die Schaffung einer einsatzfähigen Schlachtflotte sein. Torpedowaffen müßten wir jetzt schon selber anderen Nationen überlassen.

Wiemer (freiz. W.) führt aus, in der Kommission sei seinen Freunden die Notwendigkeit der Vorlage nachgewiesen worden. Es seien und bleibten zwar Gegner einer bloßen finanziellen Festlegung des Flottenplans, aber in der Vorlage schiede diese Frage aus. Daß wir technisch das Beste leisten müssen, wie in der Kommission geagt wurde, sei auch die Aufsicht seiner Freunde. In der Kommission sei erneut die Frage aufgeworfen worden, ob Deutschland mit England konkurrieren müsse; diese Frage sei zu seiner Genugtuung in der Kommission verneint worden. Wir wollen nur eine solche Flotte haben, daß für England ein Krieg mit Deutschland keine Kleinigkeit sei. Der Resolution der Kommission könnten seine Freunde nur bestimmen. Jetzt sei in der Finanzlage ungünstig, aberhoffentlich werde man sich schon im nächsten Jahre nach der Revision richten können. Die Deckungsvorschläge der Regierung warte seine Freunde ab, sie werde aber jedenfalls an ihren G. unbedingt festhalten.

Schiffbaudirektor Dr. Stengel, die Beratungen über die Steuervorschläge seien im Reichskanzleramt abgeschlossen. Er sei aber nicht in der Lage, darüber nähere Auskünfte zu geben, ob die Kürzungen im Plenum und in den Ausschüssen des Bundesrats abgeschlossen seien. Mitteilen könne er nur, daß es sich um eine Vorlage betr. Verstaatlichung eines Teiles des Zwischenhandels in Branntwein, und zweitens um eine Bandenpolizei auf Tabak und Zigaretten, etwas nach der Art der Zigarettenzölle handelt. Deutlich könne er nicht angeben. Der Staatssekretär legt noch Berichtigung dagegen ein, daß man Regierungsvorschläge, die man noch nicht kennt, einfach als Blauwurz kennzeichne. Die Reichsregierung sei bemüht, soweit eine Mehrbelastung sich nicht vermeiden lasse,

wenigstens diejenigen Lebensmittel zu verschonen, die sie für unbedingt notwendig halte.

Dr. Ritschhofen (kontr.) erklärt, seine Freunde seien in der Kommission davon überzeugt worden, daß eine Berichtigung der Lebensdauer der Schiffe notwendig sei und auch davon, daß ein Doppelgeschwader, wie wir es in absehbarer Zeit mit dieser Vorlage erzielen werden, notwendig sei.

Bebel (soz.) weiß davon bin, welchen Auswirkung die zuvor freudlosen gewesene Stimmen in England wieder bei Bekanntwerden dieser Vorlage erhaben habe. Bei allen diesen Flottenvorlagen läuft ja auch tatsächlich kein anderer Staat als England in Betracht. Kein Wunder, daß man dort alle Flottenveränderungen auf sich bezieht! Deutschland provoziert förmlich. Immer seien es die arbeitenden Klassen, die diese neuen Kosten tragen sollten. Es sei schwierig, daß die herrschenden Klassen von neuem solche Ausgaben beschließen, ohne selber die Kosten zu tragen. Schläge der Reichsabteilung erfordern eine progressive Arbeitskostenssteuer vor, dann würden sich die herrschenden Klassen schon halten, so weiter zu rüsten.

Staatssekretär v. Tirpitz betrifft dem Redner gegenüber, daß unsere Schiffe im Vergleich zu anderen Nationen die fürstliche Freundschaft gewesen seien. Doch sei auch die Angabe Bebels, daß die Berichtigungen der Flotten vorlage nicht in England vorgenommen würden, sehr wahrscheinlich. Bei allen diesen Flottenvorlagen läuft ja auch tatsächlich kein anderer Staat als England in Betracht. Kein Wunder, daß man dort alle Flottenveränderungen auf sich bezieht! Deutschland provoziert förmlich. Immer seien es die arbeitenden Klassen, die diese neuen Kosten tragen sollten. Es sei schwierig, daß die herrschenden Klassen von neuem solche Ausgaben beschließen, ohne selber die Kosten zu tragen. Schläge der Reichsabteilung erfordern eine progressive Arbeitskostenssteuer vor, dann würden sich die herrschenden Klassen schon halten, so weiter zu rüsten.

Redner (Reichsp.) wandt sich ebenfalls hauptsächlich gegen Bebel. Gerade er (Reichsp.) rufe den Kontrahenten der Engländer doch, wenn er es nachsäße, wie provoziert. Auch die weitere Verdächtigung sei grandios, daß die Reichen die Kosten der Stützungen der Armen aufdrücken. Bei der vorliegenden Vorlage hätten gerade die Reichen die Kosten getragen. Entgegen Spann meinte er, daß hier, wo es sich um Landesverteidigung handle, die Annahme der Vorlage nicht abhängig gemacht werden dürfe von der Verteilung der Deckungsvorlage.

Montuffet (stell. Va.) erklärt, die Vorlage sei nur eine Konfrontanz der technischen Entwicklung. Die Vorgänge im Deutschen Flottenverein, die den Reichstag im übrigen nichts angehen, seien zu begreifen, weil sie den Kontrahenten des gefährlichen deutschen Chauvinismus bedienen. Schon vorweg müsse seine Partei erklären, daß sie nicht etwa den beiden Steuervorlagen, die beide vom Schatzkanzler genannt worden seien, zustimmen werde, weil seine Partei dieser Vorlage hier zustimme.

Niebermann v. Sonnenberg (Wirtsh. Va.) drückt seine Genehmigung über die einzunehmende Annahme des Flotten-Gesetzes durch alle bürgerlichen Parteien aus. Sollten die Deckungsvorlage Schwierigkeiten machen, so dürfe doch daran die Vorlage nicht scheitern.

Damit schlägt die Debatte und das Flottengesetz gelangt gegen die Stimmen der Sozialdemokratie zur Annahme. Hierauf tritt Beratung ein.

Nächste Sitzung: Donnerstag nachmittag 1 U. 11. Marinetat; Etat der Reichsjustizverwaltung.

** Berlin. In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags kam der Nachtragsetat zur Beratung, der zur Förderung von Versuchsanlagen auf dem Gebiet der Motor-U-Boote verlangt. Der ordentliche Etat fordert außerdem zur Gewährung einer Entlastung an den Grafen v. Zeppelin und zum Erwerb der von ihm erbauten U-Boote 2150000 Mk. Die beiden Förderungen wurden bewilligt.

Bom Landtag.

Erste Kammer.

15. öffentliche Sitzung am 29. Januar vormittags 11 Uhr.
Die Kammer genehmigte auf Antrag des Geh. Kommerzienrats Woentig Kapitel 5 des Staats, Postapotheke, nach der Vorlage. Weiter wurden in Übereinstimmung mit der zweiten Kammer 245.000 M. zur Einführung der Streifenblockierung auf der Bodenkreise Baumsdorf-Gerthahn, sowie 165.000 M. zur Vermehrung der Gleise auf dem Dresdner Güterbahnhof bewilligt.

Nächste Sitzung: Donnerstag, vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: Berichte der 2. Deputation über Beurkundung des Verionenstandes, Neuauflistung der Landesgrenzen und Reichstagswahllooten. Weiter einige Petitionen.

Zweite Kammer.

20. öffentliche Sitzung am 29. Januar vormittags 10 Uhr.
W. In der heutigen Sitzung teilte zunächst der Vorsitzende der ersten Abteilung.

Präsident Wehner, mit, daß die Wahlen der Abg. Bauer (nath.) und Schmidt (kont.) von der Abteilung geprüft und für gültig zu erklären beschlossen worden seien. Am Stelle des verstorbenen Abg. Kunath (kont.) sei der Abg. Behrend (freikons.) in die Rechenschaftsdeputation gewählt worden.

Die Kammer nahm dann den schriftlichen Bericht der Finanzdeputation A. über den Personal- und Bevölkerungsstatistiken der Landesbrandversicherungsanstalt auf die Jahre 1908/09 in Schlußberatung. Im Einverständnis mit der Staatsregierung beantragte die Finanzdeputation A., die Kammer möge beschließen, zunächst die einzelnen Kapitel des Staats für 1908/09 einzuführen, der zurzeit veranlaßten Bevolkungen ungeachtet der Einbringung der neuen Bevölkerungsverlage durchzuführen, sodann über die zu erwartende Bevölkerungsverlage Entscheidung zu fassen und schließlich in Verhandlungen über den Erziehungsstatistiken einzutreten, der die rechtlichen Konsequenzen der künftigen Beschlüsse über die Bevölkerungsverlage ziehen und die sonst im Zusammenhang mit dieser Vorlage vorzunehmenden Abänderungen des Staats berücksichtigen werde. Gegen dieses Verfahren erhob

Goldschmid (soz.) Bedenken.

Die Kammer nahm aber gegen keine Stimme den Deputationsantrag an. Hierauf erließ das Haus noch Kapitel 5a des ordentlichen Staats für 1908/09, betr. staatliche Schlachtwirtschaftsversicherung und Kapitel 52, betr. Botanischer Garten und Pflanzensystematische Versuchstation zu Dresden, sowie verschiedene Kapitel des Rechenschaftsberichts für 1904/05 nach den Anträgen der Deputation.

Nächste Sitzung: Freitag vormittags 7/10 Uhr. Tagesordnung: Erweiterung des Bahnhofs Gera; Eisenbahnpetitionen der Gemeinden Neinsdorf, Elsfeld, Taltitz und Adorf.

Örtliches und Sachsisches.

(Der Radebeul unter den örtlichen Ortschaften ist nur mit genauer Quellenangabe gekennzeichnet.)

Frankenberg, 30. Januar 1908.

1. Auszeichnung. Dem Bahnwärter Müller in Frankenberg ist vom König das Ehrenkreuz verliehen worden.

2. Die ökonomische Gesellschaft im Königreich Sachsen. Über das Thema: "Durch welche Mittel und auf welchem Wege ist eine Schweinezucht gewinnbringend zu gestalten?" wird Herr Generalratsschreiber Härn-Hilbersheim in der für den 7. Februar d. J. nachmittags 4 Uhr in den "Drei Raben" zu Dresden-A. angelegten Gesellschaftsveranstaltung einen Vortrag halten. Hierzu haben auch Nichtmitglieder kostenlosen Zutritt, sofern sie bis zum 7. Februar 1908 mittags 12 Uhr in der Geschäftsstelle der ökonomischen Gesellschaft, Wiener Platz 1, Eintrittskarten entnehmen. Am Eingang des Vortragssaals werden solche von nachmittag 1/4 Uhr an zum Preise von 50 Pf. pro Stück verabfolgt.

3. Zeugen am Fernsprecher. Um sich eines Zeugen über telefonische Abmachungen zu vergewissern, stellten Fernsprechtechniker hin und wieder an das Personal des Fernsprechdiensts das Anfassen, eine Verabredung mit anzuhören. Eine solche Zeugenschaft ist dem Personal erneut streng untersagt worden.

4. Tariflämpfe im sächsischen Baumgewerbe. Eine von etwa 1200 Personen besuchte Versammlung der Zimmerer zu Dresden beschäftigte sich am Dienstag abend mit dem ihnen von den Arbeitgebern vorgelegten Tarifentwurf, der in mehreren Versammlungen von der Maurer- und Bauarbeiterorganisation abgelehnt worden ist. Der Gauleiter Sachsen, Höch, bezeichnete den Tarif als unannehmbar. "Ein Faustschlag ins

Gesicht der Arbeiterschaft sei die Bestimmung, wonach jegliche Agitation auf der Arbeitsstätte und während der Arbeitszeit bei sofortiger Entlassung verboten ist." Dadurch würden nur "Slavenverhältnisse" eintreten. Nach langer Debatte wurde eine Resolution angenommen, in der der neue Tarif abgelehnt wurde. Es scheint sich demnach die Situation immer mehr zu verschärfen und ein Kampf im Baumgewerbe, der sich über ganz Sachsen erstrecken dürfte, unabsehbarlich zu sein.

5. Interessant für Gartenbesitzer. Das Begießen der Salatpflanzen während des Gottesdienstes ist gesetzlich. In Schleußig bei Leipzig hatte die Gartnereibesitzerin Halle von der dortigen Polizeiverwaltung einen Strafbefehl über drei Mark erhalten, weil ihr Sohn mit einem Gartnereihilfen am Vormittag des 13. Oktober, eines Sonntags, in der Zeit von 9 bis 9 1/2 Uhr während des Hauptgottesdienstes junge Salatpflanzen in aufgedeckte Mistbeete begossen hatte. Das Schleußiger Schöffengericht hatte den Einspruch der Gartnereibesitzerin gegen die Strafvorschrift verworfen. Die Strafammer zu Halle hat dagegen nach längerer Verhandlung die Polizeistrafe auf. Ein Sachverständiger legte dar, es habe sich im fraglichen Falle um eine unumgänglich notwendige Arbeit gehandelt. In der Oktoberzeit werde die Einwirkung der Sonne auf die Beete erst gegen 9 Uhr sichtbar. Dann müßten aber die Mistbeete aufgedeckt und junge Salatpflanzen reichlich angefaucht werden, denn sonst würden sie durch zu starke Wärmeentwicklung leiden und eventuell verdorren. Der Verteidiger der Angeklagten wies darauf hin, daß der Verband der Handelsgärtner Deutschlands schon mehrfach in ähnlichen Fällen oblegende Erkenntnisse erstritten habe, erst förmlich eins in München. In der Begründung des Strafammerurteils wurde gefagt, es habe im fraglichen Falle eine Notarbeit vorgelegen, die gerade um die betreffende Tageszeit verrichtet werden mußte.

6. Niederschlag. Der 36jährige Handarbeiter Willy Blümke stürzte am Montag früh, als er sich auf dem Heimweg von einem Vergnügen in Köditz befand, hinterlich auf die Straße. Er zog sich dabei eine schwere Kopfverletzung zu, an der er gestern mittag gestorben ist.

7. Lauenau. Tödlich verblüht wurde das 2 1/2-jährige Söhnchen des Lagerhalters B. hier, das in einem unbekannten Augenblick unter einem Stuhl frisch, auf dem ein mit Kochendem Kaffee gefüllter Topf stand; dabei stieß das Kind an den Stuhl, sodass der Topf umfiel und die Kochende Flüssigkeit dem Kind über den Kopf floß; das Kind starb kurz darauf an den erlittenen Brandwunden.

8. Chemnitz. Wegen häufigen Auftretens von Scharaschka mußte eine Unterkunft der höheren Mädchenchule an der Brückenstraße bis zum 1. Februar geschlossen werden.

9. Chemnitz. Dem fürsichtigen der Sächsischen Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann in Chemnitz durch die französische Ostbahn und die spanische Nordbahn gewordenen großen Auftrag auf Lieferung von Lokomotiven hat die spanische Nordbahn jetzt eine weitere Bestellung von nochmals zehn Güterzuglokomotiven folgen lassen. Ferner steht die Geschäftsführung in Verhandlung mit der sächsischen Regierung, welche bis Juni 1909 für mehr als 5 Millionen Mark Schnell- und Güterzuglokomotiven geliefert haben will.

10. Chemnitz. Vorgestern fand eine an der Stadtstraße wohnende Maurerwitwe, als sie von der Arbeit zurückkehrte, die Wohnstube mit Rauch angefüllt und ihr 5 1/2-jähriges Töchterchen, das sich selbst überlassen im Zimmer zurückgelassen war, benutzlos in Bett liegend vor. Ein sofort herbeigerushener Arzt stellte **Rauchvergiftung** an dem Kind fest. Im Stadtkrankenhaus ist es, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben. Der Rauch im Zimmer soll dadurch entstanden sein, daß ein Logismädchen, das ebenfalls früh der Arbeit nachgegangen ist, einen Spirituskocher nicht gehörig verlöscht hat, sodass ein in der Nähe hängendes Bettluch Feuer gefangen und langsam verglimmt ist.

11. Freiberg. Vor der Strafkammer des Reg. Landgerichts Freiberg hatte sich gestern der Kaufmann Weier, der Viehhändler der Grete Beier, wegen Unterstüzung zu verantworten. In der Zeit vom 1. Oktober 1904 bis

14. Juli 1905 hatte W. beim Kaufmann Dreß in Freiberg eine Stelle als Reisender inne. Als solcher hat er während dieser Zeit über 2300 M. unterschlagen. W. war gesündigt. Er gab zu, daß er leichtsinnig gelebt habe und dadurch in Schulden gekommen sei. Der Gerichtshof verurteilte ihn wegen Unterschlagung zu zwei Jahren Gefängnis. Vier Monate wurden durch die Untersuchungshaft als verbüßt in Arechnung gebracht.

12. Dresden. Der am 20. Juni 1906 in Dresden gestorbene Privatmann Holberg hat sein gesamtes Vermögen im Betrag von 770.000 M. der Stadt Dresden zu mildtätigen Zwecken als Vermächtnis zugedacht.

13. Röhrwien. Der Ratsbesluß, auf dem "Hartenberg" mit einem Kostenaufwand von ca. 50.000 M. ein Erholungsheim zu errichten, wurde vom Stadtverordneten-Kollegium abgelehnt.

14. Döbeln. Unter den Stadtverwaltungen, die gegen die in dem Entwurf einer Maß- und Gewichtsordnung vorgesehene Verstaatlichung des Eichweins beim Reichstag protestierten, befindet sich auch der Stadtrat zu Döbeln. Für die Stadt Döbeln würde die Begründung des städtischen Eichamtes einen Einnahmeausfall von etwa 25.000 M. bedeuten, da in Döbeln die Fabrikation von eichpflichtigen Gasuhren, Uhren und Wagen schwunghaft betrieben wird. Auch die Städte Rothenburg, Waldheim und Leisnig würden geschädigt werden. Aus diesem Grunde hat der Vertreter des 10. sächsischen Reichstagswahlkreises, Abg. Ewerling (nath.), mit einigen Freunden im Reichstag den Antrag gestellt, dem Abjahr 3 des § 16 folgende Fassung zu geben:

"Den Gemeinden, die zurzeit des Inkrafttreitens des gegenwärtigen Gesetzes eigene Eichämter besitzen, ist die Beibehaltung zu gestatten, mit der Voraussetzung, daß die Einführung stattdessen darf unter angemessener Entschädigung oder mit wenigstens fünfjähriger Rücksicht, sowie die Auslösung und Unterhaltung dieser Eichämter, sowie die Bezahlung der Beamten liegt den Gemeinden ob, welche die Gebühren vereinnahmen. Im übrigen gelten für die Gemeinde-Eichämter die gleichen Bestimmungen wie für die Stadteichämter."

15. Wird dieser Antrag angenommen, dann werden die Gemeinden entweder entschädigt oder die Rücksicht der Gemeinde-Eichämter kann seitens des Staates nicht vor dem Jahre 1917 erfolgen.

16. Oschatz. Bei dem Versuch eines Betrugs in einem hiesigen Geschäft wurde ein junges Mädchen aus Leisnig abgesetzt. Das Mädchen, das bei einem Lithographen F. in Leisnig in Dienst gestanden, hatte dort Rabattmarken, die in der Fischen Ossig für den hiesigen Rabattiparverein hergestellt worden waren, veruntreut und versucht nun hier volle Markenbücher in einem Geschäft einzulösen. Die von der Betrügerin verwandten Marken waren jedoch noch gar nicht zur Ausgabe gelangt, sodass das Betrugsmädel bereitstehen wurde.

17. Leipzig. Reichsgerichtsrat Haas ist gestern früh gestorben.

18. Thalheim. Der Streit in der Wirkwarenbraanche im Erzgebirge zieht immer weitere Kreise. Nachdem bereits im Sommer die Arbeiterschaft der Strumpffabrik von Dreszel u. Günther in Weinersdorf einen längeren Streik durchgemacht hatte, erklärten sich etwa 160 Arbeiter und Arbeiterinnen derselben Fabrik mit einer wegen Mangel an Beschäftigung entlassenen Anzahl von Arbeitern solidarisch und reichten ebenfalls ihre Rücksicht ein.

19. Vohenfeld. Der sechsjährige Gutsbesitzerssohn Schall in Weigelsgrün wurde in das Göpelwerk der in der väterlichen Scheune befindlichen Dreschmaschine gezogen: die dem Knaben hierbei zugefügten Knochenbrüche und Durchschüsse führten nach kurzer Leidens den Tod des Kindes herbei.

20. Planen i. B. Die 19jährige Ausbessererin Händel aus Liebenstein bei Eger töte ihr Kind durch Erwürgen undwarf es dann in eine Dunggrube. Das Mädchen wurde verhaftet.

Dornenwege.

Roman von C. Dreszel.

(Fortsetzung.) (Radebeul verdeckt.)

Wit den dunkelnden Blicken eines Fanatisen folgte er dem rollenden Golde. Die Toppelecken tanzten vor seinen flimmernden Augen in Scharen hin und her — her und hin. Bedeutend gewinnend, verlierend, nochmals verlierend, dann wieder und immer wieder verlierend, hielt er, wie ein Besessener spielend, am Roulette aus, bis er eben nichts weiter zu verlieren hatte.

In dumpfer Belämmung wankte er hinunter. Die abgekühlte Luft — es war inzwischen ein starkes Gewitter niedergegangen — läutete ihm ein wenig das verwirzte Hirn. Aber nun lachte es in ihm:

Schicksliches Pech, um so größer muß mein Liebesglück sein. Was ich da drinnen phantasie, ist ja Unsinn. Jetzt werd' ich's mir erst recht erobern.

Inszenisch erinnerte ihn die Abendstühle vollends. Es stand, daß er nicht einmal mehr soviel Geld bei sich hatte, um ein Billett nach San Remo kaufen zu können, denn bei seiner eiligen verwirrten Abschaltung hatte er es verschüttet, eine Rückfahrt zu schaffen. So war er gewungen, in Monaco zu übernachten, mußte sich mit seinem Bankier in eine ihrer feinenways erfreuliche telegraphische Verbindung sehen und fuhr dann in ziemlich deprimierter Stimmung nach San Remo zurück.

Auf dem Wege zu seinem Hotel stieß er auf Fräulein Hagen. Diese Begegnung verhüllte sein Unbehagen. Er räumte sie unwillkürlich als böses Lärm, abergläcklich wie es seit gestern war. Ein auf den Jagd zum Glück und wieder läuft wie dies alte Frauenzimmer in den Weg, — alle Heiligen helfen mir, mußte er denken.

Aber sprach sie ihm gar an.

Ein gelegenes Zusammentreffen, Herr Oberbürgermeister. Begleiten Sie mich ein Stückchen Weges, ich möchte wohl ein paar ungestorte Worte mit Ihnen reden.

Er verbargte sich mit übertriebener Höflichkeit. „Große Ehre, gnädiges Fräulein, siehe natürlich zu Diensten.“

Aber sie nahm gleichmäßig den motanten Ton hin und lenkte gefasst dem nahen Giardino pubblico zu, der, wie sie wußte, um diese Stunde wenig belebt wurde. Hier, in einer dicht belaubten Allee einbiegend, hob sie an: „Sie werden vermuten, daß nur Frau Geheimrat Breitenborn der Gegen-

stand unserer Unterredung sein kann.“ Er neigte zustimmend den Kopf und sagte nicht nur um vieles verbindlicher, sondern auch in sichtlicher Spannung: „Bitte, gnädiges Fräulein, ich bin ganz Ihr.“

„Ohne Umschweife denn, Herr Oberbürgermeister,“ begann sie in ihrer geraden unverblümten Art, „ich glaube nicht zu irren in der Annahme, daß Ihre Annäherung an meine junge Freundin ein Werben um sie bedeutet.“

„Ganz recht,“ gestand er offen, „eine alte Neigung für Marion, damals leider durch widerige Schicksale zurückgedrangt ist hier von neuem in mir aufgelebt. Möge es mit jetzt vergönnt sein, die geliebte Frau zu ertragen.“

Ein faulstisches Lächeln zog um Luisens Mund. „Es ist mehr als wahrscheinlich, daß sich dieser Herzenswunsch auch jetzt wieder in besonnem Vergeßt verliert.“

„Wenn Sie so gut über meine einstigen Beziehungen zu Marion Ausdruck unterrichtet sind, mein Fräulein, werden Sie auch wissen, was mich zum Rücktritt zwang,“ gab er gehalten zurück.

„Nun ja, Sie glaubten, nicht die Ehe mit einer verarmten Braut wagen, sich nicht pfuniären Einschränkungen unterwerfen zu können,“ meinte sie trocken. „Und da die Dinge heut nicht viel anders liegen — — —“

„Ich verstehe Sie nicht,“ unterbrach er sie hastig, „gegenwärtig kommt es wohl zunächst auf Marions Vergebung an, und der glaube ich sicher zu sein.“

„Marion ist großmütig,“ nickte Luisa, „ob sie aber über das Vergehen hinausgehen, als leidgeprüfte, sehr welterschene Frau in eine Jugendiorität zurückflieht würde? Ich möchte es nicht hoffen, denn ich sehe darin kein Heil für sie. Ja, Ihre Ruhe liegt mir so sehr am Herzen, daß ich sie selbst nicht durch den kleinsten Konflikt gefährdet sehen will und darum, Herr Westerholz, bitte ich Sie ehrlich, ihren Frieden nicht zu stören und von einer Werbung abzuschauen, die Ihre Hoffnungen in keiner Weise erfüllen kann, da Sie in dieser Lebensfrage ja nicht das Herz, sondern „die Vernunft“ das Schlüsswort sprechen lassen.“

„Sie beleidigen, Sie verleumden, mein Fräulein,“ fuhr er auf.

„Sie zuckte die Schultern. „Ich werde den Wahrheitsbeweis erbringen,“ entgegnete sie salt. „Sie halten die elegante, vom Luxus umgebene Geheimräatin Breitenborn vermutlich für eine recht vermögende Dame? Bitte, antworten Sie ehrlich, es ist Gewissensfrage.“

„Alle Welt kannte den Geheimrat als reichen Mann, warum sollte ich da anderer Meinung sein?“

„Doch sich jedoch in sein Vermögen viele Anverwandte mit der Witwe teilen werden, sofern Sie eine zweite Ehe schließen, und ihr in dem Fall nur mäßige Einkünfte verbleiben, die in seinem Verhältnis zu ihrer seitherigen Wohnung stehen, dürfte Ihnen weniger bekannt sein.“

Er schwieg bestroffen. Nach einer Pause sagte er stockend: „Das wäre keine Missbildung?“ Bardon, gnädiges Fräulein, woher wissen denn Sie, was andere Leuten vorhaben bleibt?“

„Ach Sie meinen, die junge Witwe hätte diese testamentarische Verfügung ihres Mannes lieber im aus Salohängen fallen, vorsichtigen Freieren zur gefälligen Ansicht,“ spottete Luisa. „Ja, das versäumte sie nun, — vielleicht weil ihr der Gedanke einer zweiten Heirat überhaupt fern lag. Einer Freundin hingegen vertraut man wohl manches an, das man doch nicht gleich in die Gassen rufen möchte. Und wenn ich jetzt zu Ihnen davon rede, Herr Oberbürgermeister, so geschieht es nicht nur um Marions willen, sondern um Ihnen zugleich einen zeitigen Rückzug zu sichern. Sie sehen, ich meine es auch mit Ihnen gut.“ schloß sie mit seinem Lächeln.

Westerholz schien heftig erregt. Auf seiner Stirn standen helle Tropfen. Wiederholz tupfte er nervös mit dem Tuche darüber hin. Endlich sagte er mit schwerer Zunge: „Ich habe Ihnen zu danken, Fräulein Hagen, denn leider — muß ich Ihre ehrliche Warnung bekräftigen. Ich wäre keineswegs in der Lage, der Frau Geheimräatin jenen Ego zu bieten, an den sie seit Jahren gewöhnt ist, denn ich persönlich bin kein vermögender Mann, wenn auch mein Sohn es sein wird. Wir stehen, wie Ihrer Freundin, ebenfalls nur mäßige Einkünfte zu Gebote, — eine Verbindung unter den waltenden Umständen? — Mein Gott, nein, ich sehe keine Möglichkeit. Um so weniger, als ich mich gestern hinreichen ließ, den Baalspriester in Monaco Summen zu opfern, die mich ohnehin schwer verzögerten. Nicht etwa aus Passion, denn ich bin kein Spieler, war es nie, sondern, aus d'pit d'amour — aus Anger über Ihre gestrig'e unbefugte Einmischung, meine Gnädige. Eine Torheit natürlich, die ich heute bereue, — aber was wollen Sie — die Toreheiten, die blödmüdigsten scheinen hier in der Lust zu liegen. Und nun machen Sie wet, was Sie gestern verschuldeten, und ich pack wieder meine Vernunft mit beiden Händen und laviere vor dem widerigen Schicksalswind. Sie traten mir hier wie eine dunkle Horre entgegen, mein Fräulein, — dennoch, haben Sie Dank für diesen Wind.“

Cagesgeschichte.

Deutschland Reich.

— Der Kaiser und der Fall Hohenau. Wie die gerichtlichen Verfahrens gegen den Generalleutnant z. D. Grafen Wilhelm v. Hohenau abgelaufen. Der Graf wurde vom Kriegsgericht in Potsdam zwar freigesprochen, jedoch stellte das Kriegsgericht fest, daß er sich ohne Zweifel schwerer fiktlicher Verfehlungen schuldig gemacht habe.

— Personalwechsel in der Marine. Der Chef des Admiralstabs in der Marine, Admiral Büchel, wurde unter Entfernung von seiner Stellung zur Verfügung des Kaisers gestellt. Zu seinem Nachfolger wurde Admiral Graf v. Baudissin ernannt.

— Deutschland und Marokko. Die nunmehr abgeschlossene Marokoabrede in der französischen Kammer hat in der deutschen Presse eine sehr ruhige und zurückhaltende Beurteilung gefunden. Mit der selben ruhigen Bestimmtheit muß aber angeht, der jetzt vorliegenden Stenogramme erklärt werden, daß die Annahme der verschiedenen Redner, Frankreich habe das Mandat, die Europäer zu schützen, absolut richtig ist. Durch den Vertrag von Algiers hat die Republik lediglich das Mandat erhalten, gemeinsam mit Spanien die Polizei in den Hafenstädten einzurichten. Ebenso wenig wie es ein Protektorat Frankreichs über die Christen im Orient gibt, wovon früher so oft die Rede war, ebenso wenig haben die Konferenzstaaten den Schutz ihrer Angehörigen in Marokko den Franzosen übertragen. Es liegen zahlreiche Briefe von Europäern aus Marokko vor, die sich im Gegentheil auf das Butterstei über das sie gefährdende Eingreifen Frankreichs im Scherifentheil äußern. Hätte Frankreich das Mandat, die Europäer zu schützen, so könnte es dies am einfachsten durch offenen Verzicht auf weitere Beförderungen erfüllen. Im übrigen hat selbstverständlich jeder Europäer nach wie vor den vollen Anspruch auf den Schutz seines eigenen Vaterlands.

— Vom bayrischen Flottenverein. Das Präsidium des bayrischen Landesverbands des Flottenvereins hat den Vorsitzenden der Kreisverbände vorgeklagt, die für den 2. Februar angefahne Delegiertenversammlung auf unbestimmte Zeit zu vertreten. Zur Begründung wird darauf hingewiesen, daß durch den Rücktritt des Präsidiums in Kassel die Hauptförderung des bayrischen Landesverbands erfüllt und damit die Fahrt wieder für eine bestimmte Richtung im Deutschen Flottenverein frei werde. Eine nähere Würdigung der Vorgänge auf der Kasseler Versammlung würde aber die Gegenseite verschärfen, was den Friedensabsichten des bayrischen Landesverbands ganz fern liege. Gleichzeitig mahnt das Präsidium, treu am Bekennt festzuhalten und im Sinne der Vereinsziele tätig zu sein. Die meisten Kreisverbände haben der Aufforderung zugestimmt.

— Zur Wahlrechtsreform in Hessen. Der Seniorennkonvent der Zweiten Kammer hat Gelegenheit genommen, mit dem Staatsministerium die weitere Behandlung der Wahlrechtsvorlage zu erläutern. Man war allgemein der Ansicht, daß die vollständige Erledigung aller Gesetzesvorlagen in diesem Landtag unmöglich sei. Der Seniorennkonvent sprach den Wunsch aus, daß sofort bei Beginn des nächsten Landtags eine neue Wahlrechtsvorlage eingebracht werde, daß aber die Behandlung von den beiden Ausschüssen der Kammer ruhig weitergeführt werden sollen, um zu sehen, ob eine Verständigung zu erzielen sei. Der Staatsminister konnte auf diese Anregung keine definitive Antwort geben und behielt sich vor, nach einem Beschlusse des Staatsministeriums eine endgültige Antwort zu geben.

— Aus der Arbeiterbewegung. Die städtischen Godarbeiter in Halle a. S. legten gestern abend, nachdem eine Unterredung mit dem Bürgermeister ergebnislos verlaufen war, zum größten Teile die Arbeit nieder. Es gelang jedoch der Godarbeiterdirektion, die schon seit mehreren Wochen sich auf den Streiktag vorbereitet hatte, sofort die notwendigen Erholungsmaßnahmen heranzuziehen, sobald der Betrieb in beiden Gasanstalten nordwestlich aufrecht erhalten werden kann.

— Krampfhafe Versuche unternimmt der "Vorwärts", um den Schauspiel wegzuwerken, den kürzlich im Reichstag der konervative Abg. Kreth am Schild der sozialistischen Partei bloßgelegt hat, als er auf die Tafel der "Revolution" hinwies, an Stelle der "Oberkommandierenden" Frauen und Kinder in die Linie rücken zu lassen und sie als Schirm gegen die "Überfälle" der Polizei benutzen zu wollen. Bei seinen "Feststellungen" widerfuhr dem Berliner "Genossen"-Blatt nun freilich das kleine Malheur, "nachzuwerfen", daß die Frauen sich an die Seite der Männer als "gleichberechtigt" in die vordersten Reihen drängen. Das stimmt nicht ganz. Man hat wenigstens noch nichts davon gehört, daß die "Genossinnen", die sonst in der Partei das große Wort führen, auch auf der Straße "ihren Raum gestanden" hätten. Die Damen Berlin, Bochum, Bielefeld und wie sie alle heißen — Rosa Luxemburg nicht zu vergessen! — scheinen auch herausgeworden zu haben, daß es sich daheim hinter der Kassekammer gemütlicher sitzt, als auf der Auflagebank.

Großbritannien.

— Die Gründung des Parlaments geschah gestern durch eine Thronrede. Diese erwähnt in erster Linie den Besuch des deutschen Kaiserpaars. Der begeisterte Empfang des Kaiserpaars durch die Bevölkerung habe bewiesen, daß die Annäherung zwischen beiden Ländern eine Tatsache ist. Es wird dann das Ableben des Königs von Schweden behandelt. Die Thronrede erwähnt weiter das Abkommen mit Russland bezüglich Persiens, Afghanistan und Tibet, sowie das Abkommen mit Deutschland, Frankreich und Russland zur Sicherung der Neutralität Norwegens. Sie berichtet dann die Hoher Friedenskonferenz und die Kongo-Angelegenheit. In bezug auf die letztere wird die Hoffnung ausgedrückt, daß die Verhandlungen und Unterhandlungen, die zurzeit zwischen der Kongo-Regierung und der portugiesischen Regierung stattfinden, zu einem befriedigenden Ergebnis führen, und daß der Kongo-Staat entsprechend der Akte von Berlin in eine humanitäre Angelegenheit verwandelt werden wird. Die Thronrede beschäftigt sich dann mit verschiedenen Gesetzesvorlagen, die das Parlament zu beraten haben würden.

— Die englischen Sozialisten müssen bald erfahren, daß der Bruch von Null kein ungetümer Gewinn für sie ist. In den Gewerkschaften in England macht sich ein be-

deutlicher Widerstand gegen den Beschluss bemerkbar, der umso bedeutsamer für die Arbeiterpartei ist, als diese von den Kassen der Traditionsabgeordneten abhängt. Aus Montreal kommt nun noch die Nachricht, daß die Arbeiterpartei Kanadas sich zwar bereit erklärt, mit den Sozialisten in den Punkten, in denen man sich einigen kann, Hand in Hand zu arbeiten, sich aber weigert, den Sozialismus ohne weiteres zum Glaubensbekenntnis der Arbeiterpartei zu machen.

Bulgarien.

— Das neue Kabinett ist soeben gebildet worden. Der bisherige demokratische Führer Malinow übernimmt das Präsidium und das Bautenministerium, Papritow das Neuherrere, Tolev das Ministerium des Innern, Mouschanow den Untericht, General Nikolaevo das Kriegsministerium, Sulabashev die Finanzen, Uspischew den Handel und Krastew die Justiz. Einem Berichtsstatter erklärte Ministerpräsident Malinow, daß das neue Kabinett werde in der mozedonischen Frage eine vollkommen korrekte und loyale Haltung beobachtet und sich nie in eine Politik der Abenteuer einlassen. Bei aller Sympathie für die Leidens- und Stammesbrüder in der Türkei werde das Kabinett die Untrübe der mozedonischen Terroristen, die das Befreiungswerk zum Terror gegen die eigenen Stammesgenossen mißbrauchen, mit starker Hand niederkalten. Bereits der innere Politik erklärte Malinow, die Politik des stambulowistischen Regimes sei reaktionär. Das neue Kabinett werde ihre unter Wahrung des Prestiges und der Unantastbarkeit der Krone, sowie unter Wiederherstellung einer starken Regierungsautorität eine neue fortchrittliche Richtung geben. Damit hoffe das Kabinett, die baldige Befreiung der Gemüter der oppositionellen Parteien zu erreichen.

Vermischtes.

* Unter einem Baugerüst begraben, daß der Sturm zum Eintreffen gebracht hatte, wurden im Grundstück der Ammonitor Papierfabrik bei Halle a. S. gestern vier Zimmerleute. Der Polizei war sofort tot, ein Zimmermann starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus und zwei andere wurden schwer verletzt.

* Über zwei Bluttaten berichtet der Druck heute folgendes: In Hanau versuchte gestern der in den zwanziger Jahren stehende Arbeiter Engel seine von ihm getrennt lebende Frau zu ermorden. Nachdem er ihr lebensgefährliche Verletzungen mit einem Küchenmesser beigebracht hatte, verließ er sich selbst mehrere bedenkliche Stiche in den Hals. An dem Auskommen der Frau wird gezweifelt. Die beiden Eheleute waren in einem Scheideungsprozeß; gestern sollte der erste Termin stattfinden. — Aus Koblenz wird gemeldet, daß dort der 33jährige Dachdecker Ackermann sein fünfjähriges Töchterchen erschoss und zwar aus Wut darüber, daß seine Frau in eine Irrenanstalt gebracht werden sollte (1). Nach vollbrachter Tat verübte der Mann einen Selbstmordversuch.

* Aus der Untersuchungshaft entwischen sind in vergangener Nacht aus dem Gefangenengesetz zu Bremerhaven vier Gefangene. Sie durchbrachen die Mauer ihrer Zelle und ließen sich dann auf ihren Bettlaken, die sie in Streifen zerrissen und zusammengeknöpft hatten, auf die Straße hinab. Die Verfolgung der Flüchtlinge ist aufgenommen.

Vereinsnachrichten aus Stadt und Land.

Der Frankenberger Sängerbund hielt am 25. Januar im Saal des Hotels zum "Rhein" seine Hauptversammlung ab. Sie wurde vom Bundesvorsteher, Herrn Professor Karl Berthold, eröffnet und geleitet. Zumal teilte der Bundesvorsteher, Herr Kantor Schröder, mit, daß die Hauptprobe für die am nächsten Sonntag geplante kirchliche Aufführung kommenden Sonnabend abends 19 Uhr stattfindet. Der hierauf vom Vorsteher vorgetragene Bericht über das 30. Geschäftsjahr wurde mit großem Interesse eingegangen. Die von Herrn Wagner erstattete Bundesberichtsrede schloß mit einer Einnahme von 108.69 M. und einer Ausgabe von 62.50 M. ab; der Niedergang beläuft sich somit auf 46.19 M. Auf Antrag der Rechnungsprüfer, Herren Fischer und Jatz, erholte die Richtigstellung der Niedergang des Gesamtvertrags wurde unter Leitung des Ehrenvorsitzenden, Herrn Justizrat Böder, auf besonderen Antrag durch Stimmenthalt abweichend den Dirigenten der einzelnen Bundesverbände zu übertragen, sobald Anlaß zu einer längeren Aussprache, ohne aber zu einer Änderung der bisherigen Pflichten zu führen. Zur Feststellung des Ergebnisses des Gesamtvertrags wurde eine eigene Kommission eingesetzt. Während dieser gelegenenheit zur Erörterung, auf Grund des Vorberichtes, betrat, stürzte sich am Treppenaufgang ein Mann auf ihn und entriss dem vollständig aus der Fassung geratenen Votan die mit ca. 25.500 M. gefüllte Geldtasche. Der Votan brach vor Schreck bewußtlos zusammen, während der Räuber entkam. Das Signalement des letzteren ist jedoch bekannt, da er sich schon längere Zeit vor der Tat vor dem Bankgebäude aufgehalten hatte. Die Bank selbst ist durch Versicherung gedeckt.

•

•

— Nach Redaktionschluss eingegangene Telegramme:

h. Dresden. Ein frecher räuberischer Überfall wurde heute vormittag auf den Kassenboten Lauter vom Dresdener Bankverein verübt. Als der Votan gegen 1/11 Uhr von einem Dienstweg zurückkehrte und den Flur des in der Wallenhausenstraße gelegenen Bankgebäudes betrat, stürzte sich am Treppenaufgang ein Mann auf ihn und entriss dem vollständig aus der Fassung geratenen Votan die mit ca. 25.500 M. gefüllte Geldtasche. Der Votan brach vor Schreck bewußtlos zusammen, während der Räuber entkam. Das Signalement des letzteren ist jedoch bekannt, da er sich schon längere Zeit vor der Tat vor dem Bankgebäude aufgehalten hatte. Die Bank selbst ist durch Versicherung gedeckt.

h. Berlin. Zum Präsidenten des preußischen Herrenhauses wurde Freiherr v. Manteuffel gewählt.

h. Berlin. Heute früh ist in der Nordische Schwarzenstein eine neue Belebung erfolgt. Der Knecht Jan Wehl, der in der Fortsetzung dienstet, wurde unter dem Verdacht der Begünstigung festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt. Der Knecht, der 18 Jahre alt ist, hat bei den Geldgeschäften des verhafteten Fortsetzungs die Vermittlerrolle gespielt und auch selbst auf den Namen des alten Fortsetzungs Geld geliehen.

h. Wien. Die bevorstehenden Landtagswahlen in Galizien werden ihre Schatten voraus. Jeder Tag bringt neue blutige Zusammenstöße der einander heftig bekämpfenden zutholischen Parteien. Gestern kam es in Lemberg gleichzeitig in zwei Versammlungen zu Prügeln. Die Jung-Ruthenen schlugen mit schweren Säcken auf die Alt-Ruthenen los, von denen sie verletzt wurden, daß sie in ein Spital gebracht werden mußten. In einer von etwa 2000 Jung-Ruthenen besuchten Versammlung wollten bewaffnete Alt-Ruthenen eindringen. Es entstand alsdann eine große Kämpfe, bei der mehr als 20 Personen verletzt wurden.

Wetterdienst für Sachsen.

Voraussichtliche Witterung Freitag 31. Januar:
Bewölkt: Berlinisch. Wind: Südwestwinde.
Niederschlag: Nach. Schnee: Temp. erwartet: Nicht erheblich
fallen.

Frankenberger Kirchennachrichten.

Freitag, den 31. Januar. Raum: 7/2 Uhr: Besteunde.

